

Schrooten, Mechthild

Article

Finanzkrise: Verantwortung und Haftung gehören zusammen: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schrooten, Mechthild (2008) : Finanzkrise: Verantwortung und Haftung gehören zusammen: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 17, pp. 224-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151596>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Finanzkrise: „Verantwortung und Haftung gehören zusammen“

von Mechthild Schrooten*

Warum engagieren sich Landesbanken auf dem Markt für risikoreiche Kredite in den USA? Formal dienen die Landesbanken der Refinanzierung der Sparkassen; sie haben einen öffentlichen Auftrag. Bereits vor der aktuellen Zuspitzung in der Finanzbranche galten die Landesbanken in der Summe als eher renditeschwach. Bei einzelnen Instituten ist dieses Phänomen besonders stark ausgeprägt. Erklärt diese Renditeschwäche allein das umfangreiche Engagement der Landesbanken auf dem Markt für US-amerikanische Risikokredite? Bestenfalls ansatzweise. Zwar war klar, dass nach der Abschaffung der umfassenden staatlichen Haftung im Jahr 2005 bei den Landesbanken die Rendite weiter sinken könnte. Aber nun scheint es so, dass gerade die Veränderungen der staatlichen Haftungsbedingungen das Engagement auf dem Kreditmarkt forcierte, denn für die vor dem Stichtatum eingegangenen Verträge gelten Übergangsfristen, während derer die staatliche Haftung weiter besteht.

So wundert es dann auch nicht, wenn es in diesem Zuge zu einer erheblichen Ausweitung der Geschäftstätigkeiten der Landesbanken kam. Für die jetzt die Bilanzen belastenden Geschäfte auf dem US-amerikanischen Markt wurden Zweckgesellschaften gegründet. Diese wurden außerbilanziell geführt. Die Rechtslage ließ diese kreative Umschiffung der Bankenaufsicht zu. Es ging darum, die Chance hoher Renditen zu nutzen – doch das Risiko wurde falsch eingeschätzt. Der fatale Ausgang dieser Geschäfte dürfte nun auch Gegner staatlicher Aufsicht deren Notwendigkeit erkennen lassen. Denn offenkundig versagten die bankinternen Aufsichtsinstanzen. Auch die Aufsichtsräte und Vorstände betroffener privater Kreditinstitute geben sich heute überrascht über den Umfang der nun notwendigen Wertberichtigungen.

Für die Landesbanken gilt: Es wird nicht ausbleiben, dass ihre Zahl deutlich zurückgeht. Allerdings ist davon allein noch keine Heilung zu verspüren. Es geht hier um eine Finanzkrise, die auch die anderen Säulen des Bankensystems betrifft. Diese Finanzkrise ist eine Systemkrise. Zweitrundeneffekte, verursacht etwa durch eine zu restriktive Kreditvergabe, sind wahrscheinlich. Um verlorenes Vertrauen auch nur ansatzweise zurückzugewinnen zu können, muss eine simple Regel wieder an Bedeutung gewinnen: Entscheidungskompetenz, Verantwortung und Haftung für die getroffenen Entscheidungen gehören zusammen. Daran werden auch die betroffenen Banken, Aufsichtsräte, Vorstände und Manager nicht vorbeikommen. Denn was die Anpassung der zukünftigen Geschäftstätigkeit anbelangt, gilt hier auf jeden Fall: Das Eigentliche steht noch bevor.

*Prof. Dr. Mechthild Schrooten ist Forschungsprofessorin am DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG,
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.